

Statement

des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel,
anlässlich der Vorstellung der
„**Aktion Frühjahrsputz 2018**“
am 20. März 2018 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mit einer Riesen-Summe beginnen: 1.420 Milliarden Euro. Mit diesen Einnahmen können Union und SPD zwischen 2018 und 2021 für den Bundeshaushalt rechnen. Das ist viel, sogar sehr viel. Es sind 170 Milliarden Euro mehr, als die große Koalition zwischen 2013 und 2017 zur Verfügung hatte. Diese Rekord-Einnahmen beruhen zum großen Teil auf den steigenden Steuerbelastungen der Bürger und Betriebe. Die Steuerzahlungen wachsen. Die Steuerquote steigt. Und die Ausgaben schießen hinterher.

Fakt ist aber auch: Die Überschüsse im Bundeshaushalt sind kein Selbstläufer – das gilt auch für die Schwarze Null. Denn Union und SPD sind auf ihre Ausgaben fixiert: Es gibt neue Sozialprogramme, es gibt neue Wirtschafts-Subventionen – und Sahnehäubchen für bestimmte Klientele.

Schon seit 2015 wachsen die Ausgaben-Programme im Bundeshaushalt deutlich schneller als die Einnahmen. Das verrät der Blick auf den Primär-Saldo: Hier werden die Einnahmen den Ausgaben gegenübergestellt. Weil bei den Ausgaben aber der Schuldendienst nicht berücksichtigt wird, ist der Blick frei auf die Ausgaben, die von der Bundespolitik direkt bestimmt werden. Hier zeigt sich, dass die Primärausgaben zwischen 2015 und 2017 um knapp 30 Milliarden Euro zugelegt haben, die Einnahmen aber nur um 19 Milliarden Euro. Und so, wie der Koalitionsvertrag gestrickt ist, wird dieser negative Trend weitergehen. Ich sage Ihnen, warum das so kommen wird:

- Union und SPD versprechen höhere Zahlungen an den **EU-Haushalt**. Das versprechen sie, obwohl die Brexit-Rechnung noch gar nicht fix ist. Diese Blankoscheck-Politik wird Deutschland nicht nur viel Geld kosten, sie verhindert auch überfällige Reformen, weil Probleme in Europa mit Geld kaschiert werden. Für den Zeitraum nach 2021, wenn also der neue Finanzrahmen greift, stehen Deutschland Zahlungen nach Brüssel von weit

mehr als 40 Milliarden Euro ins Haus – pro Jahr! Wenn die EU-Transfers im Bundeshaushalt genauso abgebildet werden würden wie die einzelnen Ministerien, dann wäre dieser Posten der zweitgrößte Einzelplan. Mehr Geld würde nur noch für Arbeit und Soziales ausgegeben.

- Die neue Regierung plant ein **Baukindergeld**, das am Anfang mit 440 Millionen Euro pro Jahr zu Buche schlagen soll. Vielleicht ist der Ansatz gut gemeint. Doch das Baukindergeld wird die Immobilienpreise stark in die Höhe treiben, und die Prämie wird verpuffen. Schuld haben die hohen staatlichen Nebenkosten – hier denke ich vor allem an die hohe Grunderwerbsteuer. Ebenso ist klar: Für die Steuerzahler wird das Baukindergeld zur hohen Belastung. Die Ausgaben werden sehr schnell wachsen, weil über die Jahre immer mehr Förder-Bezieher hinzukommen werden. Für diese Wahlperiode kann mit mindestens 3,6 Milliarden Euro gerechnet werden.
- Ich denke auch an weitere Rentenpunkte für die **Mütterrente**: Diese zusätzlichen Leistungen werden die Rentenkasse belasten und dadurch verhindern, dass die Rentenbeiträge für die Allgemeinheit sinken können. Die Mütterrente belastet aber nicht nur die Beitragszahler mit 7,5 Milliarden Euro. Sie belastet auch die Steuerzahler, die wohl zusätzlich 3,2 Milliarden Euro zahlen müssen.
- Es kommt auch eine **steuerliche Forschungsförderung**, die bis zum Jahr 2021 vermutlich 6 Milliarden Euro kosten wird. Und das, obwohl jedes Jahr Subventionen in Milliarden-Höhe an Unternehmen fließen – zum Beispiel für Forschung, Entwicklung, Innovationen oder Digitalisierung. Steuervergünstigungen funktionieren ausschließlich nach dem Gießkannen-Prinzip. Pauschal und zielgenau funktionieren sie eben nicht! Sie neigen stark zu Mitnahme-Effekten und haben einen schnellen Gewöhnungs-Effekt, sodass sie in kürzester Zeit gar nicht mehr als Subvention wahrgenommen werden. Ich sehe deshalb folgendes Problem: Wenn die steuerliche Forschungsförderung kommt, sind Doppelförderungen sehr wahrscheinlich. Denn die Regierung wird zu bequem sein wird, Finanzhilfen an anderer Stelle mit gleicher Stoßrichtung zu kappen.
- Darüber hinaus ist ein **flächendeckender Breitbandausbau** bis ins letzte Dorf geplant. Ja, Digitalisierung und Breitband gehören zusammen. Ja, dies muss endlich angepackt werden! Doch unsere demografische Entwicklung verlangt einen wohl bedachten Einsatz von Steuergeld. Kosten und Nutzen müssen sorgfältig abgewogen werden. Eine pauschale Förderung in Höhe von 10 Milliarden Euro quer durch die Republik wird aber einem wirtschaftlichen Einsatz von Steuergeld nicht gerecht.
- Und natürlich geht es wieder um **Förderprogramme**, die kaum zählbar sind. Oder es werden bestehende **Subventionstöpfe** kräftig ausgebaut. Das große Problem ist: Die Kosten für die Steuerzahler werden im Koalitionsvertrag überhaupt nicht beziffert!

Stattdessen werden die Programme nur vollmundig angekündigt. Zum Beispiel geht es um...

- den Ausbau der E-Mobilität und die Erhöhung der Kaufprämie für E-Autos,
- das „Zukunftsprogramm Kino“,
- eine aufgestockte Filmförderung,
- neue Subventionen für die Games-Wirtschaft,
- die Förderung der Musikwirtschaft,
- eine Ausdehnung sowohl der steuerfinanzierten Energieberatung als auch der energetischen Gebäudesanierung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Koalitionsvertrag von Union und SPD setzt also keine Prioritäten. Er ist eine nach oben hin offene Rechnung für die Steuerzahler! Auch wenn das IW-Köln sogar Mehrausgaben von rund 50 Milliarden Euro für den Bund ermittelt hat, mahne ich: Die Politik muss Weichen stellen, also Entscheidungen treffen. Dieser Koalitionsvertrag leistet genau das nicht! In diesem Eifer wirft die GroKo sogar eigene Prinzipien über Bord – zum Beispiel bei der Subventionspolitik.

Erst vor drei Jahren haben Union und SPD ihre **subventionspolitischen Leitlinien** definiert. Befristung, Degression, Nachhaltigkeit, Wirkungskontrolle – all das sind Kriterien, die bei Subventionen beachtet werden müssen! Der Koalitionsvertrag ignoriert aber diese Maßgaben – bei der E-Mobilität, bei der Filmförderung oder beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm.

So führte das Bauministerium im Jahr 2015 eine neue Förderung ein. Es gibt Steuerzuschüsse für **einbruchshemmende Fenster, Türen, Rollläden und Kamerasysteme**. Damit reagiert die GroKo auf das Sicherheitsbedürfnis vieler Bürger. Für mich steht fest: Darauf muss die Politik reagieren! Doch sie packt das Problem am falschen Ende an. Dass sich Bürger verbarrikadieren, darf die Polizei-Präsenz und eine präventive Polizeiarbeit nicht ersetzen! Zudem hat sich die Förderung verselbstständigt. Warum? Das Erst-Programm war ursprünglich von 2015 bis 2017 befristet, es umfasste zunächst 10 Millionen Euro und wurde 2017, noch bevor das Programm auslaufen sollte, auf 50 Millionen Euro aufgestockt. Dann wurde es bis Ende 2018 verlängert – und wieder mit 50 Millionen Euro dotiert. Der Koalitionsvertrag sprengt diesen Rahmen nochmals deutlich, weil die Förderung ausgeweitet und verstetigt werden soll. Hier werden die subventionspolitischen Leitlinien gleich mehrfach ignoriert: Es gibt keine echte Befristung und schon gar keine Degression. Es gibt auch keine Erfolgskontrolle! Denn das Bauressort begnügt sich mit dem Verweis auf die Polizeiliche Kriminalstatistik 2016, nach der die Zahl der Einbrüche und Einbruchversuche zurückgeht. Das ersetzt aber keine Evaluierung – zumal fraglich ist, ob die neue Förderung tatsächlich so schnell und so umfassend wirken kann. Ich sage: So geht es nicht!

Und wenn ein Programm dann doch überprüft wird, blockieren sich Regierung und Bundestag gegenseitig. Vor wenigen Jahren stellte eine Experten-Gruppe fest, dass die Subventionen für den **Kombinierten Verkehr** – das sind Anlagen privater Firmen zum Umschlag von LKW-Gütern auf Schiene und Wasser – zu Mitnahme-Effekten neigen. Noch dazu sind sie viel zu bürokratisch! Außerdem kann überhaupt nicht nachgewiesen werden, ob sie die CO₂-Emissionen tatsächlich reduzieren. Daraufhin wollte das Verkehrsministerium die Subvention von 93 auf 73 Millionen Euro kürzen. Doch der Bundestag lehnte das ab. Für mich ist das ein plastisches Beispiel für eine richtige Erkenntnis, aber ohne die richtigen Taten.

Diese beiden Beispiele und 28 weitere Fälle nehmen wir für unsere „Aktion Frühjahrsputz“ unter die Lupe. Sparen ist möglich und ich sage: Sparen ist zwingend nötig! Sonst ruiniert man den Haushalt in guten Zeiten! Deshalb geht unser „Frühjahrsputz“ in Vorleistung:

- Reformiert endlich das Wahlrecht und führt eine Mandats-Obergrenze ein! Wir haben den größten und teuersten Bundestag aller Zeiten. Allein in diesem Jahr kosten uns die 709 Abgeordneten rund 516 Millionen Euro. Im Vergleich zur Soll-Größe von 598 Abgeordneten entstehen Mehrausgaben von rund 75 Millionen Euro – bezogen auf die ganze Wahlperiode sind es 300 Millionen Euro.
- Zum **Rüstungseinkauf**: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat bei ihrem Amtsantritt versprochen, diesen teuren Rüstungseinkauf von Grund auf zu reformieren. Die Devise war: Risiken beherrschen, Kosten kontrollieren! Bis heute hat die Ministerin wenig geliefert – die Rede von der „Schrottwehr“ hat leider einen wahren Kern. Deshalb sind mir die milliardenschweren Alleingänge beim Kauf von Waffensystemen völlig unverständlich! Damit ist Deutschland isoliert – sowohl im NATO-Verbund als auch in der Europäischen Verteidigungsunion. Sowohl die Drohne Heron TP als auch das taktische Luftverteidigungssystem MEADS, das noch in der Entwicklung steckt, wird von keinem anderen Bündnis-Partner genutzt. Auf den Risiken sitzt Deutschland ganz allein: Nach unserer Einschätzung drohen Mehrkosten von 6 Milliarden Euro. Unsere NATO-Partner beweisen, dass es preiswerter funktioniert.
- Auf der anderen Seite klotzt die Bundeswehr beim Marketing. Sie kauft Kugelschreiber, Schlüsselbänder oder Baumwolltaschen und verteilt sie in ihren rund 100 Karrierebüros. Für diese sogenannten **Streu-Artikel** gibt sie inzwischen mehr als 1 Million Euro pro Jahr aus. Die gleiche Strategie verfolgt auch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Nur, dass dieses Amt ganz exklusive Give-aways verteilt: Schraubendreher-Stifte mit Licht, Pfefferminzdosens mit dem Aufdruck „Abgehört“ oder doppelwandige Gläser. Diese Artikel sollen Unternehmen für den „präventiven Wirtschaftsschutz“ gewinnen.

- Ein weiteres Beispiel liefern unsere Musikclubs. Auch hier soll die Digitalisierung Einzug halten. Deshalb engagiert sich die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien und hat ein Förderprogramm von 3 Millionen Euro bis 2019 aufgelegt. Somit erhalten die Clubs jede Menge Zuschüsse für digitale Licht- und Soundtechnik. An dieser Stelle fragt man sich besorgt, ob als nächstes die ECKKneipen, Spätverkäufe im Kiez oder Kegelbahnen dran sind.
- In der Zwischenzeit lässt das Bundesforschungsministerium **Weihnachtsbäume** für 2 Millionen Euro klonen. Ziel ist: Sie sollen schneller wachsen und schöner aussehen. Damit soll die heimische Produktion profitabler werden.
- Um den neuen Klon-Weihnachtsbaum sicher nach Hause zu bringen, kann man auf **Lastenräder** zurückgreifen – in einigen Teilen der Republik sogar kostenlos. Denn das Umweltministerium fördert für 150.000 Euro ein Nachbarschafts-Projekt, das solche Lastenräder kostenfrei zur Verfügung stellt. Doch Vorsicht! Kostenfrei ist das Ganze nur für den Nutzer! Denn alle Steuerzahler müssen das Projekt mitfinanzieren.

Was zeigen diese Beispiele? Die derzeit vollen Kassen verleiten die GroKo zu einer massiven Umverteilung von Steuergeld nach dem Gießkannen-Prinzip. Echte Prioritäten bei den Ausgaben gibt es nicht – weder in der letzten Wahlperiode noch im aktuellen Koalitionsvertrag.

Prioritäten müssen in erster Linie der Allgemeinheit zugutekommen – und nicht einer bestimmten Klientel. Daher muss die Steuer- und Abgabenlast endlich spürbar gesenkt werden! Auch der Altschuldenabbau gehört auf die Agenda. Immerhin haben neun Bundesländer aktive Schuldentilgungen für dieses Jahr in ihren Haushaltsgesetzen verankert. Sie nutzen also die gute Kassenlage, um Schulden abzubauen. Das ist ein wichtiges politisches Signal. Doch die GroKo tut an dieser Stelle: nichts!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen für 2018 stehen erst noch bevor. Schon heute sehen wir ein Sparpotenzial von mehr als 20 Milliarden Euro. Mit unserer Haushaltsanalyse und unseren 30 Fällen zeigen wir der Politik, dass es viel zu tun gibt. Mein Appell lautet: Fangt endlich an zu sparen! Es ist vor allem die Aufgabe der Abgeordneten als Haushaltsgesetzgeber, diese Masse an Förderungen und Subventionen permanent nach Sinn, Zweck und Nutzen zu hinterfragen. Hierfür haben wir heute eine umfangreiche Vorlage geliefert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!